

Direkter Draht von Hannibals Verein zum Verfassungsschutz



Ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter aus Baden-Württemberg hat den Verein Uniter e. V. mitgegründet, der auch Zivilisten in Militärtaktik ausbildet. Der Mann saß sogar im Vereinsvorstand – zusammen mit dem KSK-Soldaten André S.

Von **Sebastian Erb, Martin Kauf, Alexander Nabert** und **Christina Schmidt**

Der Verfassungsschutz hat eine direkte Verbindung zum Verein Uniter e. V., der in Zusammenhang mit einem rechtsextremen Netzwerk mit Mitgliedern aus Sicherheitsbehörden in den Fokus geraten ist: Nach Recherchen der taz hat ein Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg den Verein mitgegründet und saß sogar im Vorstand. Das ist durch mehrere unabhängige Quellen belegt. Anfang 2017 ist der Mann aus dem Vereinsvorstand zurückgetreten, wie aus internen Vereinsdokumenten hervorgeht, die der taz vorliegen. Im Vereinsregister ist er allerdings bis heute eingetragen.

Bekanntester Kopf von Uniter und offiziell stellvertretender Vorsitzender des Vereins, der im Mai 2016 in Stuttgart gegründet wurde, ist André S. alias „Hannibal“. Der damalige Soldat des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr hat eine Vielzahl von Chatgruppen administriert, in denen sich sogenannte Prepper auf den „Tag X“ vorbereiteten. In diesen Gruppen waren mehrere Männer organisiert, gegen die der Generalbundesanwalt wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Sie sollen unter anderem Feindeslisten geführt und die Tötung politischer Gegner im Zusammenhang mit dem „Tag X“ besprochen haben.

André S. war bis zu seinem Ausscheiden aus dem KSK vor einem Jahr Auskunftsperson des Bundeswehr-Nachrichtendienstes MAD.

Nach Angaben aus dem Bundesverteidigungsministerium hat er derzeit ein Uniformtrageverbot. Gegen ihn ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz.

Einem der Chats gehörte auch der Bundeswehrosoldat Franco A. an, den der Generalbundesanwalt wegen Terrorvorwürfe angeklagt hat. Bei Franco A. wurde ein Uniter-Abzeichen gefunden. Er nahm auch an mehreren Treffen teil, die Teilnehmer als Uniter-Treffen in Erinnerung haben. Anfang 2016 saß er mit zwei Dutzend anderen in einem Schützenhaus im baden-württembergischen Albstadt zusammen, wo es um die Vorbereitung auf einen „Tag X“ ging, ein andermal in kleiner Runde bei André S. alias „Hannibal“ zu Hause.

Vorbereitung auf die Krise

Das Landesamt für Verfassungsschutz verfügt nach taz-Informationen auch über mindestens einen Hinweisgeber, der den Verfassungsschutz über Veranstaltungen des Vereins informiert. Dazu will die Behörde auf taz-Anfrage nichts sagen. LfV-Sprecher Georg Spielberg teilte lediglich mit, der Verein Uniter e. V. sei kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutz Baden-Württemberg, „weil keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es sich um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung handelt“.

Auch über den LfV-Mitarbeiter, der den Verein Uniter mitgegründet hat, möchte sich die Behörde aus Gründen des Per-

sönlichkeitsschutzes nicht öffentlich äußern. So bleibt vorerst offen, seit wann der Mitarbeiter für das LfV arbeitet und seit wann das LfV von seiner Vereinsaktivität wusste. Ebenso unklar ist, ob es zur Vereinstätigkeit einen dienstlichen Zusammenhang gibt.

Im Dezember hatte die taz fragwürdige Aktivitäten von Uniter aufgedeckt. Mitglieder einer sogenannten Defence Einheit des Vereins nahmen unter André S.' Anleitung an einem geheimen paramilitärischen Training teil. Dem Betreiber des Trainingsgeländes im baden-württembergischen Mosbach war der Verein unabhängig davon als militäristisch aufgefallen. Daraufhin wurde dem Verein die Benutzung des Geländes untersagt. Der Betreiber hatte darüber auch das Landesinnenministerium informiert.

Um zu überprüfen, ob strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen werden, hat der Generalbundesanwalt einen Beobachtungsvorgang zu Uniter e. V. angelegt. Die Ermittler betrachten die Chatgruppen und die Vereinsaktivitäten getrennt voneinander. Tatsächlich gibt es aber, wie taz-Recherchen ergeben haben, große personelle und strukturelle Überschneidungen. Mindestens ein Dutzend der früheren Chat-Mitglieder sind oder waren auch bei Uniter e. V. aktiv, darunter viele in leitenden Positionen. Es handelt sich dabei um aktive oder ehemalige Soldaten, viele vom KSK und aktuelle oder ehemalige Polizisten.

Der Verein, der zum ersten Mal bereits 2012 in Halle (Sachsen-Anhalt) gegründet wurde, präsentiert sich heute

nach außen als karitative und fachkundige NGO und behauptet, es gebe „keine Verbindung des Vereins Uniter zur Prepper-Szene“. In einem Uniter-Newsletter aus dem Herbst 2015, der der taz vorliegt, klang das noch ganz anders.

Da ist von „schwere[n] Zeiten“ die Rede, die auf Europa zukämen, „ob innere Unruhen oder Krisen an den Grenzen“. Auf diese müsse man sich vorbereiten, mit „sicheren Wohnkomplexen“, „Siedlungen mit autarkem Charakter“ oder „Auffangcamps im Ausland“. In dem Schreiben werden die Vereinsmitglieder aufgefordert, sich auf Krisenszenarien vorzubereiten, was Lebensmittel und Kommunikation angeht, aber auch darüber hinaus. Die Frage sei: „Wohin, was machen, nachdem die öffentliche Ordnung nicht mehr da ist?“

Das Hannibal-Netzwerk

Das Netzwerk Ende 2018 berichtete die taz über ein Schattennetzwerk unter der Führung eines damaligen Soldaten vom Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr, André S., 33, nennt sich selbst „Hannibal“, nach der Hauptfigur der TV-Serie „Das A-Team“. Er betreute mehrere Chatgruppen sogenannter Prepper, die sich auf einen „Tag X“ vorbereiten, das kann eine Naturkatastrophe sein oder ein „unkontrollierter Flüchtlingszustrom“.

Das Problem Einzelne Mitglieder sollen geplant haben, am „Tag X“ politische Gegner in Lagern zusammenzuführen und zu töten. In einer Chatgruppe war auch der rechtsextreme Soldat Franco A. Mitglied, den der Generalbundesanwalt wegen Terrorvorbereitungen angeklagt hat. Nach taz-Recherchen gibt es große Überschneidungen zwischen den Chatgruppen und dem Verein Uniter e. V. Mehr zum Thema: taz.de/hannibal

Im Auge behalten: Verfassungsschutz in Baden-Württemberg
Foto: Marjan Murat/dpa

Mit Angriffen war zu rechnen

„Jüdische Stimme“ mit Göttinger Friedenspreis – und gegen Kritik

Aus Göttingen **Reimar Paul**

Draußen vor der Tür schreien sich Demonstranten an. Die einen schwenken Israel-Flaggen, die anderen Fahnen Palästinas. Ein paar Mannschaftswagen der Polizei sind aufgefahren. Drinnen, in der Galerie „Alte Feuerwache“, läuft die Vergabe des Göttinger Friedenspreises der Stiftung Dr. Roland Röhl an den Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Rund 450 Zuhörer sind am Samstag gekommen, viel mehr als üblich.

Das liegt daran, dass die Vergabe der mit 3.000 Euro dotierten Auszeichnung schon im Vorfeld für heftige Turbulenzen gesorgt hat. Unter anderem hatten der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, die „Jüdische Stimme“ als antisemitisch gebrandmarkt und das mit ihrer Nähe zur Boykott-Kampagne BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) gegen Israel begründet. Wegen der Vorwürfe zogen Universität, Stadt und Sparkasse in Göttingen ihre Unterstützung zurück, die Uni versagte die Nutzung der Aula. Ein „Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus“ forderte gar eine Neubesetzung der Preisjury. Die Stiftung hielt aber an ihrer Wahl fest.

Die Vorsitzende der „Jüdischen Stimme“, Iris Hefets, nennt es am Samstag eine „große Ehre, einen Friedenspreis zu erhalten, und eine noch größere, in die ehrwürdige Liste der Träger des Göttinger Friedenspreises aufgenommen zu werden“. „Wir sind wahrscheinlich der einzige Preisträger, der sich bei der Benachrichtigung über die Preisverleihung sehr freute, gleichzeitig aber schon wusste, dass er sich warm anziehen muss“, sagte sie. „Mit den Angriffen und Verleumdungen war zu rechnen.“

Das Muster solcher Angriffe wiederhole sich. „Die Rechte der Palästinenser werden verletzt, es findet ein politischer Protest dagegen statt, die deutsche Presse findet – oder erfindet – einen antisemitischen Vorfall und am Ende wird von Antisemitismus geredet und diesbezüglich agiert, womit der ursprüngliche Protest erstickt ist.“ Zum Beispiel, als Palästinenser in Berlin gegen die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump protestierten, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen: Ein Journalist habe behauptet, die Demonstranten hätten „Tod den Juden“ auf Arabisch gerufen, „und sofort wird über Antisemitismus unter Muslimen gesprochen“.

Die „Jüdische Stimme“ rede „Tacheles über das, was zwischen Mittelmeer und Jordan passiert“, so die deutsch-israelische Sängerin Nirrit Sommerfeld in der Laudatio. „Das ist gut und wichtig, denn wenn man in Deutschland mehr weiß über die Fakten, dann kann deutsche Öffentlichkeit und Politik sich bewegen und Einfluss nehmen auf die israelische Regierung zugunsten einer gerechten und friedlichen Lösung.“

Sommerfeld weist den Antisemitismusvorwurf zurück. Der Verein distanzieren sich „eindeutig von jeder Form von Gewalt, von Antisemitismus, Antisemitismus und jeder anderen Form von Rassismus“. Der Vorsitzende der Stiftung, Hans-Jörg Röhl, würdigt die Galerie, die dem Friedenspreis „Asyl“ gewährt habe. „Schneiden Sie von Ihrer Zivilcourage ein paar Scheiben ab und verteilen Sie sie in der Stadt, das wird ihr guttun.“

taz * abo



Weitere Prämien* unter taz.de/praemien
T (030) 25 90 25 90
abomail@taz.de

Abopremie*: Knallrot + knallscharf, die knallrot lackierte Pfeffermühle aus Buchenholz kann auch für Salz und getrocknete Gewürze verwendet werden. Mahlwerk aus rostfreier Keramik, 25 Jahre Garantie. Höhe: 22 cm, Ø 6 cm, taz-gelabelt. Dazu gibt's guten schwarzen Pfeffer aus biologischem Anbau.

Drei in einem Abo⁺

- + taz die tageszeitung – täglich unabhängiger Journalismus
- + taz am Wochenende – umfangreich, hintergründig, unterhaltsam
- + Le Monde diplomatique – internationale Politik, einmal im Monat

Abonnieren Sie mehr als eine Zeitung!

Entdecken Sie die Blogs auf taz.de, taz.gazette, taz.bewegung, taz.mixtape.

Ein taz Abo kostet 52,90 €/Monat (Standardpreis) oder 64,90 €/Monat (Politischer Preis). Wer wenig hat zahlt unseren ermäßigten Preis von 33,90 €/Monat (leider ohne Prämie).

Die digitale taz in der App können Sie für nur 1€/Woche zubuchen!

*Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr, zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.